



Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Inhalt

Die 54. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode.....	2
Steiermark weiterhin Spitzenreiter der österreichischen Wirtschaft	3
Novelle zum Leichenbestattungsgesetz bringt Verbesserungen für Angehörige und Gemeinden.....	5
Landeshauptleutekonferenz sichert Schutz des Trinkwassers zu	6

Die 54. Landtagssitzung der XVII. Gesetzgebungsperiode

Die 54. Landtagssitzung der laufenden XVII. Gesetzgebungsperiode fand am 02. Juli 2019 statt.

Die Tagesordnung umfasste insgesamt 31 reguläre Punkte.

Die Grünen haben eine Aktuelle Stunde zum Thema „Handeln statt warten – für wirksamen Artenschutz“ eingebracht und Landesrat Anton Lang als zuständig bezeichnet. Weiters gab es eine Dringliche Anfrage und drei Befragungen an Mitglieder der Landesregierung.

Ein Auszug der wichtigsten Inhalte der Sitzung findet sich auf den kommenden Seiten.

Steiermark weiterhin Spitzenreiter der österreichischen Wirtschaft

Der Wirtschaftsbericht für das Jahr 2018 zeichnet für die wirtschaftliche Entwicklung der Steiermark ein weitgehend positives Bild.

Auch 2018 konnten alle Bundesländer wieder Zuwächse bezüglich des Produktionswertes der abgesetzten Produktion im produzierenden Bereich erzielen – in der Steiermark betrug die Erhöhung der gesamt abgesetzten Produktion +10,8 %. Im Bereich Bergbau und Herstellung von Waren konnte ebenfalls ein Zuwachs von +11,1 % (höchster Zuwachs aller Bundesländer) auf 32,7 Mrd. Euro sowie ein Zuwachs bei Energie- und Wasserversorgung von +12,1% auf 3,1 Mrd. Euro verzeichnet werden. Unter anderem konnte der Fahrzeugbau – getrieben von der Kapazitätsausweitung beim Automobilkonzern Magna Graz – die abgesetzte Produktion um +40,7 % auf rund 6,6 Mrd. Euro ausweiten.

Im Jahr 2018 konnte ein Rückgang der Arbeitslosen von -12,8 % bzw. 5.153 Personen zum Vorjahr verzeichnet werden. Dies ist die höchste Reduktion gemeinsam mit dem Bundesland Tirol (Österreich: -8,2 %). Die Arbeitslosenquote sank im Jahresdurchschnitt 2018 um 1,1 %-Punkte auf 6,3 % und lag somit wieder unter der nationalen Arbeitslosenquote (-0,8 %-Punkte auf 7,7 %).

Nachdem 2017 erstmals seit 2009 kein Rückgang bei der Zahl der Lehrlinge zu beobachten war, konnte zum 31.12.2018 ein Zuwachs von +1,8 % bzw. +274 Lehrlingen verbucht werden. 15.603 Lehrlinge standen Ende 2018 in Ausbildung. Die Zahl der Lehranfänger im 1. Lehrjahr stieg um +6,0 % bzw. +284 auf 4.980 Lehrlinge in betrieblicher wie auch überbetrieblicher Ausbildung.

2018 gab es 5.947 Unternehmensneugründungen (-4,7 % gegenüber dem Vorjahr), davon waren 89,0 % Einzelunternehmungsgründungen. Die Sparten Handel sowie Information und Consulting verbuchten Zuwächse. Bei den Sparten Industrie, Transport und Verkehr, Gewerbe und Handwerk, Tourismus und Freizeitwirtschaft sind hingegen Rückgänge bei den Gründungen zu verzeichnen.

Die F&E Quote betrug 5,12 % (auf verfügbarer Datenbasis 2015; Österreich: 3,05 %) – damit ist die Steiermark an erster Stelle in Österreich und zählt weiterhin zu den Spitzenreitern. Die Steiermark war 2018 an 25 von österreichweit 42 Kompetenzzentren beteiligt. Beispiele für gelungene F&E Kooperationen sind Silicon Alps Cluster und Silicon Austria Labs GmbH. Ende Mai 2018 wurde die Steirische Breitband- und Digitalinfrastruktur GmbH (SBIDI) gegründet. Sie steht im 100 % Eigentum des Landes. Im Zeitraum 2018 bis 2023 werden rund EUR 40 Mio (20 Mio Eigenanteil, 20 Mio BZ-Mittel) in die Gesellschaft eingebracht. Der operative Start der GmbH erfolgte mit 1. März 2019.

Die Wirtschaftsförderung in der Steiermark orientiert sich an der „Wirtschaftsstrategie Steiermark – Wachstum durch Innovation“ aus dem Jahr 2016. Leitthemen dabei sind

Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Mobility, Eco-Tech, Health-Tech, der Fokus liegt auf den Förderungsinstrumenten auf aktive Standortentwicklung im Rahmen von fünf Kernstrategien (Standortentwicklung/Standortmanagement/Innovations- u. F&E Förderung/Unternehmertum und Wachstum junger Unternehmen/Qualifizierung und Humanpotenzial sowie Internationalisierung von Unternehmen und Standort).

Die Förderungsmittel 2018 teilen auf Standortentwicklung und –management (EUR 27,3 Mio), Innovation und F&E-Förderung (EUR 26,9 Mio), Unternehmertum und Wachstum junger Unternehmen und Qualifizierung und Humanpotenzial auf.

Bei der Inanspruchnahme von Bundesförderungsmitteln bei Austria Wirtschaftsservice GmbH und Forschungsförderungsgesellschaft ist die Steiermark höchst erfolgreich. Bei AWS an vierter Stelle und bei der FFG an zweiter Stelle österreichweit.

Der Wirtschaftsbericht 2018 wurden von den Mitgliedern des Wirtschaftsförderungsbeirates im Umlaufwege einstimmig positiv begutachtet.

Die Regierungsvorlage wurde einstimmig zur Kenntnis genommen.

Novelle zum Leichenbestattungsgesetz bringt Verbesserungen für Angehörige und Gemeinden

„Mit dieser Novelle des Leichenbestattungsgesetzes soll gewährleistet werden, dass im Todesfall möglichst rasch reagiert werden kann und eine Verbringung des Leichnams weg von Unfallstelle oder Sterbeort zuhause ermöglicht wird“, erklärt Landtagsabgeordneter Erwin Dirnberger.

Um Verzögerungen bei der Vornahme der Totenbeschau zu verhindern, soll es durch die neue Regelung künftig im Ausnahmefall möglich sein, dass die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Vornahme der Totenbeschau auch Ärztinnen und Ärzte, die zur selbstständigen Berufsausübung berechtigt sind, heranziehen können.

Ein derartiger Ausnahmefall wäre zum Beispiel die plötzliche Verhinderung der Totenbeschauerin oder des Totenbeschauers bzw. der Stellvertretung.

Damit eine entsprechende Entlohnung der Ärztinnen und Ärzte, die im Auftrag der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister tätig werden, gewährleistet ist, werden die für die Durchführung der Totenbeschau vorgesehenen Tarife herangezogen. Diese werden derzeit nach der Gemeindearzt-Entgeltverordnung bemessen. Die im Einzelfall erteilte Beauftragung der Ärztinnen und Ärzte zur Vornahme der Totenbeschau ersetzt allerdings nicht die Verpflichtung der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister zur Bestellung von Totenbeschauerinnen und Totenbeschauern.

„Wir appellieren an die Ärztinnen und Ärzte, dass sie auch bereit sind, ihren Beitrag zu leisten, damit die Verbesserungen für alle Beteiligten, die wir gesetzlich ermöglicht haben, auch in der Praxis funktionieren und umgesetzt werden“, so Dirnberger abschließend.

Die Regierungsvorlage wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ angenommen.

Landeshauptleutekonferenz sichert Schutz des Trinkwassers zu

Die Steiermärkische Landesregierung berichtete über die bei der Landeshauptleutekonferenz am 16. Mai 2019 gefassten Beschlüsse wie folgt:

Schutz und Sicherung des Trinkwassers: Die Landeshauptleute bekennen sich zum Schutz und zur Sicherung der heimischen Trinkwasservorräte sowie zum Prinzip der öffentlichen Daseinsvorsorge bei der Trinkwasserversorgung und der Sicherung der Qualität der Trinkwasserbewirtschaftung auf Länder- und Gemeindeebene sowie zum Ausbau und Modernisierung der damit zusammenhängenden Infrastruktur. Gegen alle Bestrebungen der EU, die eine Verteuerung des Allgemeingutes Trinkwasser für die Bevölkerung zur Folge haben könnten, verwehrt man sich.

ORF-Reform: Die Unabhängigkeit des ORF ist ohne Einschränkung sicherzustellen, daher ist eine Finanzierung ausschließlich aus dem Bundesbudget abzulehnen. Die im Regierungsprogramm angekündigte „aktive Standortpolitik für österreichische Inhalte“ sowie die „Stärkung des ländlichen Raumes“ soll unter Einbindung der Bundesländer definiert und umgesetzt werden. Die eingehobene Landesabgabe zur Deckung wichtiger Aufgaben aus den Landesbudgets besonders im Kulturbereich, für die musische Erziehung und auch im Sport ist unverzichtbar.

Rechtliches Vorgehen gegen Hass, sexuelle Belästigung sowie Social Bots im Internet: In einer Bund/Länder-Arbeitsgruppe – unter Einbeziehung der Wissenschaft – sollen Grundlagen für ein abgestimmtes, wirkungsvolles und einheitliches Gesamtsystem erarbeitet werden.

Zustellung ausländischer Verkehrsstrafen in Österreich; Rechtmäßigkeit der Stellung von Zustellersuchen: Das Bundesministerium für Europa, Integration und Äußeres und das Bundesministerium für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz sollen bei den ausländischen Behörden darauf hinwirken, in erster Linie Direktzustellungen per Post vorzunehmen (Einsparpotential) und in Richtung von elektronischen Zustellungen im Sinne einer Digitalisierung geändert werden.

Breitbandstrategie 2030: Die Landeshauptleutekonferenz bekräftigt die gemeinsame Länderstellungnahme zur Breitbandstrategie 2030 des Bundesministeriums für Verkehr, Innovation und Technologie und fordert, die Inhalte dieser Stellungnahme bestmöglich zu berücksichtigen und in die „Breitbandstrategie 2030“ aufzunehmen.

Amtliche Fachassistenten zur Unterstützung der Lebensmittelaufsichtsorgane: Der Bund wird ersucht, im Rahmen der Novellierung des LMSVG die rechtliche Möglichkeit zu schaffen, gemäß § 24 Abs. 3 LMSVG amtliche Fachassistenten zur Unterstützung der amtlichen Lebensmittelaufsichtsorgane einsetzen zu können.



Aktuelles aus dem Landtag Steiermark

Novelle zum Eisenbahngesetz; Zuständigkeitsübertragung vom Land auf den Bund: Die Landeshauptleutekonferenz lehnt die vorgeschlagene Änderung der Behördenzuständigkeit und die diesbezügliche Kompetenzverschiebung von den Landeshauptleuten hin zum Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie auch wegen des damit verbundenen administrativen Mehraufwands ab und fordert, die Kompetenz für vernetzte Nebenbahnen bei den Landeshauptleuten zu belassen.

Der Bericht über die Landeshauptleutekonferenz wurde mehrheitlich gegen die Stimmen der KPÖ zur Kenntnis genommen.